Stand: 13.12.2025 05:01:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/20616

"Für eine verlässliche und faire Partnerschaft zwischen Freistaat und Kommunen: G9-Kostenfrage klären"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/20616 vom 07.02.2018
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/21742 des BI vom 15.03.2018
- 3. Beschluss des Plenums 17/21936 vom 26.04.2018
- 4. Plenarprotokoll Nr. 131 vom 26.04.2018



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

07.02.2018 Drucksache 17/20616

Antrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Für eine verlässliche und faire Partnerschaft zwischen Freistaat und Kommunen: G9-Kostenfrage klären

Der Landtag wolle beschließen:

Am 07.12.2017 wurde die Einführung des neunjährigen Gymnasiums beschlossen. Obwohl das strikte Konnexitätsprinzip und damit der Schutz der Kommunen vor finanzieller Überforderung Verfassungsrang hat, herrscht bis heute Dissens zwischen Freistaat und Kommunen bezüglich der Deckung der Kosten, die sich durch die Aufgabenübertragung für die Kommunen ergeben.

Aus diesem Grund wird die Staatsregierung aufgefordert, über das Konzept bezüglich der durch die Einführung des neunjährigen Gymnasiums entstehenden Kosten für Staat und Kommunen, wie Personalkosten an kommunalen Schulen, Investitionen für den Schulbau, Schülerbeförderung und Lernmittelaufwand, mündlich und schriftlich zu berichten.

Insbesondere sollte hierdurch ersichtlich werden, von welchen Mehrkosten die Staatsregierung pro Jahr bis zum Jahr 2028 ausgeht:

- Für den Staat insbesondere Lehrpersonalkosten und Privatschulförderung (differenziert nach umstellungsbedingten Kosten und Kosten, die durch den demografischen Wandel entstehen);
- 2. Für die Kommunen:
 - a) konnexitätsrelevante Kosten (differenziert nach Kosten als Sachaufwandsträger und Personalkosten für kommunale Schulen),
 - b) demografiebedingte Kosten (differenziert nach Kosten als Sachaufwandsträger und Personalkosten für kommunale Schulen).

Begründung:

In Art. 83 Abs. 3 der Bayerischen Verfassung (BV) ist das strikte Konnexitätsprinzip verankert. Hier heißt es: "1Überträgt der Staat den Gemeinden Aufgaben, verpflichtet er sie zur Erfüllung von Aufgaben im eigenen . Wirkungskreis oder stellt er besondere Anforderungen an die Erfüllung bestehender oder neuer Aufgaben, hat er gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen. ²Führt die Wahrnehmung dieser Aufgaben zu einer Mehrbelastung der Gemeinden, ist ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen." Ziel ist es, eine verlässliche und faire Partnerschaft zwischen dem Freistaat Bayern und den Kommunen zu sicherzustellen und diese vor finanzieller Überforderung zu schützen. Bei der praktischen Umsetzung des Konnexitätsprinzips sollten Kostenfolgen von staatlichen Maßnahmen, die unter das Konnexitätsprinzip fallen, in partnerschaftlichem Miteinander möglichst objektiv abgeschätzt und ein Vorschlag hinsichtlich Höhe und Art des gebotenenen Ausgleichs gefunden werden.

In einem Informationsbrief des Bayerischen Städtetags vom Januar 2018 ist jedoch zu lesen, dass auch nach Beschluss der Einführung des neunjährigen Gymnasiums kein Einvernehmen bezüglich der Kostenfrage besteht. Vielmehr bestehen beispielsweise immer noch gravierende Differenzen bezüglich der Kostenkalkulation für den notwendigen Schulbau oder aber der Steigerungen bei den Personalkosten für die Lehrkräfte an kommunalen Schulen. Dies führt nicht ohne Grund zu Verunsicherung. Gerade angesichts weiterer großer Herausforderungen, wie der Implementierung des digitalen Klassenzimmers sowie des Ausbaus von Ganztagsangeboten an Bayerns Schulen, ist es unumgänglich, den Kommunen eine klare Basis für Planungen zum Auf- und Ausbau von Gymnasien zu geben. Dies hätte besser bereits im Gesetzgebungsverfahren geschehen sollen. Umso wichtiger ist es, dass nun zeitnah ein Bericht zum konkreten Kostenkonzept erfolgt.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

15.03.2018 Drucksache 17/21742

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Drs. 17/20616

Für eine verlässliche und faire Partnerschaft zwischen Freistaat und Kommunen: G9-Kostenfrage klären

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass die Wörter "mündlich und" gestrichen werden.

Berichterstatter: Dr. Leopold Herz
Mitberichterstatter: Michael Hofmann

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 77. Sitzung am 15. März 2018 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

Martin Güll Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

26.04.2018 Drucksache 17/21936

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz, Prof. Dr. Michael Piazolo, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/20616, 17/21742

Für eine verlässliche und faire Partnerschaft zwischen Freistaat und Kommunen: G9-Kostenfrage klären

Am 07.12.2017 wurde die Einführung des neunjährigen Gymnasiums beschlossen. Obwohl das strikte Konnexitätsprinzip und damit der Schutz der Kommunen vor finanzieller Überforderung Verfassungsrang hat, herrscht bis heute Dissens zwischen Freistaat und Kommunen bezüglich der Deckung der Kosten, die sich durch die Aufgabenübertragung für die Kommunen ergeben.

Aus diesem Grund wird die Staatsregierung aufgefordert, über das Konzept bezüglich der durch die Einführung des neunjährigen Gymnasiums entstehenden Kosten für Staat und Kommunen, wie Personalkosten an kommunalen Schulen, Investitionen für den Schulbau, Schülerbeförderung und Lernmittelaufwand, schriftlich zu berichten.

Insbesondere sollte hierdurch ersichtlich werden, von welchen Mehrkosten die Staatsregierung pro Jahr bis zum Jahr 2028 ausgeht:

- Für den Staat insbesondere Lehrpersonalkosten und Privatschulförderung (differenziert nach umstellungsbedingten Kosten und Kosten, die durch den demografischen Wandel entstehen);
- 2. Für die Kommunen:
 - konnexitätsrelevante Kosten (differenziert nach Kosten als Sachaufwandsträger und Personalkosten für kommunale Schulen),
 - b) demografiebedingte Kosten (differenziert nach Kosten als Sachaufwandsträger und Personalkosten für kommunale Schulen).

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln

beraten werden (s. Anlage 2)

Von der Abstimmung ausgenommen sind die Listennummern 10 und 22. Es sind dies der Antrag der Abgeordneten Biedefeld, Woerlein, Ruth Müller (SPD) betreffend "Akti-

onsplan zur Gewährleistung des Tierschutzes in Bayern erstellen – unsere Tierheime

nicht länger im Stich lassen und die Behörden im Bereich Tierschutz stärken" auf

Drucksache 17/20700 und der Antrag der Abgeordneten von Brunn, Adelt, Scheuen-

stuhl und anderer (SPD) betreffend "Kein Wortbruch der Staatsregierung! Bayern

braucht einen dritten Nationalpark" auf Drucksache 17/20936, die auf Wunsch der

SPD-Fraktion einzeln beraten werden sollen. Diese Anträge werden voraussichtlich in

der Sitzung am 15. Mai aufgerufen.

Über die übrigen Nummern lasse ich nun abstimmen. Hinsichtlich der jeweiligen Ab-

stimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die

Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstim-

mungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden

ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD,

der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstim-

men? - Keine. Gibt es Stimmenthaltungen? - Auch keine. Ich frage die fraktionslosen

Abgeordneten. – Sie sind nicht da. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Klimaschutz und Energieeinsparung in Bayern: Effizienzgewinne bei Klima- und Lüftungsgeräten nutzen Drs. 17/19453, 17/21753 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Georg Rosenthal, Inge Aures u. a. SPD
Europäischer Anspruch auf Bildungsurlaub –
Recht auf Weiterbildung auch auf EU-Ebene verankern
Drs. 17/19528, 17/21822 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	

Anlage 2 zur 131. Vollsitzung am 26. April 2018

3.	Antrag der Abgeordner Ulrich Leiner u. a. und Kurzzeitpflege sicherst Kurzzeitpflegeplätzen: Drs. 17/20361, 17/217	Fraktion (BÜNDNIS 9 tellen II – Anreize für d schaffen!	0/DIE GRÜNEN)	n
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	ENTH	ENTH	Z
4.	Antrag der Abgeordner Dr. Paul Wengert, Klau Die Ausbildung bei der in Zeiten erhöhter Eins Drs. 17/20350, 17/217	us Adelt u. a. SPD r Bayerischen Polizei stellungszahlen (EEZ)	ul Gantzer,	
	Votum des federführer Kommunale Fragen, Ir		port	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
5.	Antrag der Abgeordner Thorsten Glauber u. a. Netzneutralität umfass Drs. 17/20449, 17/217	. und Fraktion (FREIE end sicherstellen		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
6.	Antrag der Abgeordner Gisela Sengl u. a. und Evaluierung der Wasse Drs. 17/20535, 17/218	Fraktion (BÜNDNIS 9 erberatung in Bayern		
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z

zur 131. Vollsitzung am 26. April 2018

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vorbildfunktion wahrnehmen – Umwelterklärungen für alle Staatsministerien Drs. 17/20611, 17/21698 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Für eine verlässliche und faire Partnerschaft zwischen Freistaat und Kommunen: G9-Kostenfrage klären Drs. 17/20616, 17/21742 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Forschung zum Thema Trittsteinkonzepte intensivieren Drs. 17/20618, 17/21710 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Herbert Woerlein, Ruth Müller SPD Aktionsplan zur Gewährleistung des Tierschutzes in Bayern erstellen – unsere Tierheime nicht länger im Stich lassen und die Behörden im Bereich Tierschutz stärken

Drs. 17/20700, 17/21821 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

Anlage 2 zur 131. Vollsitzung am 26. April 2018

11.	Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u. a. SPD Technologieoffenes Förderprogramm schaffen Drs. 17/20703, 17/21809 (A)			
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			ENTH
12.	Antrag der Abgeordne Andreas Lotte u. a. SF Gründerinnen fördern Drs. 17/20705, 17/218	PD	scha Kohnen,	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
13.	Antrag der Abgeordne Dr. Otto Hünnerkopf u Diversifizierung auf lar Drs. 17/20715, 17/218	. a. CSU ndwirtschaftlichen Betr	-	
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
14.	Antrag der Abgeordne Gudrun Brendel-Fisch Reduzierung des euro Drs. 17/20717, 17/217	er u. a. CSU päischen Patentschutz		
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				ENTH

15.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD) Grenzpolizei Drs. 17/20793, 17/21731 (E)			
	Auf Antrag der CSU- Votum des mitberate Staatshaushalt und F	nden Ausschusses f		:
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
16.	Dringlichkeitsantrag de Christine Kamm u. a. u Türkische Militäroffens Optionen zur friedliche Drs. 17/20798, 17/217	und Fraktion (BÜNDNI sive in Syrien verurteile en Beilegung des Syrie	S 90/DIE GRÜNEN) en –	Hartmann,
	Votum des federführer Bundes- und Europaal		regionale Beziehunger	า
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
17.	Antrag der Abgeordne Ulrich Leiner u. a. und Bericht über die Folge am Flughafen Münche Drs. 17/20828, 17/217	Fraktion (BÜNDNIS 9 n und den weiteren Eir n	0/DIE GRÜNEN)	Suchgeräten
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
18.	Antrag der Abgeordne Ulrich Leiner u. a. und Bericht über Probleme Drs. 17/20829, 17/217	Fraktion (BÜNDNIS 9 beim Arztwechsel vor	0/DIE GRÜNEN)	
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z

zur 131. Vollsitzung am 26. April 2018

19.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
	Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
	Keimgutachten für große Mastställe
	Drs. 17/20836, 17/21699 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Dr. Florian Herrmann u. a. und Fraktion (CSU)
 Bericht zum Konzept zur Errichtung einer Bayerischen Grenzpolizei Drs. 17/20840, 17/21729 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Α

21. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung: Zum Stand der Umsetzung Drs. 17/20901, 17/21743 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl u. a. SPD Kein Wortbruch der Staatsregierung! Bayern braucht einen dritten Nationalpark Drs. 17/20936, 17/21701 (A)

der Antrag wird in einer kommenden Plenarsitzung gesondert beraten

23.	Kathi Petersen u. a. Si Leichenschau in Bayer				
	Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
24.	Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann u. a. SPD Amtshaftungsklagen von Beamten des Bayerischen Landeskriminalamts Drs. 17/20994, 17/21717 (E)				
	Votum des federführer Verfassung, Recht und				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
25.	Antrag der Abgeordner Rosi Steinberger u. a. Bericht über Fortschritt aus dem Forschungsre Drs. 17/21008, 17/217	und Fraktion (BÜNDN te bei der Planung der eaktor München II (FR	IS 90/DIE GRÜNEN) Entsorgung des Atom	mülls	
	Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
26.	Antrag der Abgeordneten Inge Aures, Volkmar Halbleib, Stefan Schuster u. a. SPD Unterstützung des Wohnungsbaus in Bayern außerhalb der Metropol- und Boomregionen Drs. 17/21017, 17/21745 (A)				
	Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	Z	Z	Z	
	_	_	_]	

27.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht zu den voraussichtlichen Kosten der Neugründung der Universität Nürnberg Drs. 17/21107, 17/21744 (A)					
	Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
	A					
28.	Ruth Müller u. a. SPD Herausforderungen der medizinischen Versorgung in Bayern – Ergebnisse aus dem Gemeinsamen Landesgremium Drs. 17/21134, 17/21726 (E)					
	Votum des federführer Gesundheit und Pflege)	_			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
				Z		
 Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Horst u. a. und Fraktion (SPD) Nachtragshaushaltsplan 2018 Drs. 17/21149, 17/21746 (A) 						
	Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
	A					
30.	Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kurzzeitpflege sicherstellen I – Online-Plattform einführen Drs. 17/20217, 17/21721 (E) [X]					
	Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen					
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Johann Häusler u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) zukunftsfähig machen: Absenkung der Förderobergrenzen zurücknehmen! Drs. 17/20447, 17/21820 (E) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u. a. SPD Fördermöglichkeiten für Obstbrenner und Mostbetriebe über das Bayerische Sonderprogramm Landwirtschaft ermöglichen Drs. 17/20759, 17/21817 (A) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z